

Quo vadis Deutschland nach Berlin und Oberhausen? Was sind unsere Werte und was haben Sie für einen Stellenwert?

Europa ist der Kontinent auf dieser Erde, mit den meisten Kriegen in der Geschichte. Herrscht auch in der Gegenwart Krieg? Befinden wir uns im Krieg mit terroristischen Organisationen? Und hat dieser Krieg Deutschland jetzt unmittelbar erreicht? **Thomas De Maizière** hat diese Frage in einem Interview nach dem Anschlag von Berlin verneint, mit der Begründung, Terroristen nicht zu Soldaten aufwerten zu wollen. Sie seien nur Mörder. Dem kann man grundsätzlich folgen. Was aber bedeutet das in der Konsequenz?

Innere Sicherheit und Bundeswehr

Fakt ist, die Polizeiorganisationen der Bundesrepublik Deutschland sind den Bedrohungen durch den Terrorismus nicht gewachsen, weil ihnen die erforderlichen Mittel fehlen. Die Polizeien sind jedoch ganz alleine für die innere Sicherheit verantwortlich und somit weiteren Anschlägen unmittelbar ausgesetzt. Das fängt an bei den rechtlichen Befugnissen (Die deutschen Polizeiorganisationen haben in weiten Teilen zum Beispiel noch nicht einmal spezielle Befugnisse für Ermittlungen im Internet) und hört auf bei den Einsatzmitteln. Hinzu kommt, dass die Polizistinnen und Polizisten gar nicht für derartige Anschläge, um nicht zu sagen „kriegerische Handlungen“, ausgebildet sind. Dies kann auch nicht mit einer Ausbildung „light“ gewährleistet werden, wie es jetzt gerade krampfhaft überall versucht wird. Wir brauchen endlich wieder Anerkennung und Wertschätzung für die Menschen, die sich mit ihrer körperlichen Gesundheit, ja mit ihrem Leben für unseren freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat einsetzen und keine Misstrauenskultur gegenüber den Sicherheitsbehörden! Das manifestiert sich gerade in dem politischen Rückhalt, den Rahmenbedingungen, dem Umgang und insbesondere dem Respekt gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten. Ein kleines Beispiel dazu: Im Sommer stand ich in den USA in einem Hotel in dem kleinen Örtchen Burlington an der Rezeption und checkte gerade ein. Eine freundliche Dame bediente mich. Im Foyer saßen einige amerikanische Soldaten im Tarnanzug, die scheinbar dort untergebracht waren. Es trat ein amerikanischer Soldat neben mir an den Tresen der Rezeption und hatte ein Anliegen. Die Dame, die mich bediente, sagte zu mir: „Entschuldigung, einen Augenblick bitte.“ Dann ging sie zu dem Soldaten und fragte ihn, was sie für ihn tun könne. Nachdem sie ihm geholfen hatte, kam sie wieder zu mir und entschuldigte sich noch einmal für die Unterbrechung, mit der Begründung, dass die Soldaten Vorrang genießen. Daraufhin sagte ich zu ihr: „Kein Problem, finde ich richtig und gut.“

Wenn sich der Bundesinnenminister zum wiederholten Male hinstellt und die Arbeit von Ermittlern und Justiz kritisiert, dann zeigt er damit sehr deutlich, dass er keine Ahnung von der Arbeit und den Möglichkeiten der Polizeibehörden hat. Genau das hat nichts mit Wertschätzung und Anerkennung für unsere Polizistinnen und Polizisten zu tun, wenn ein Politiker eine Arbeit kritisiert, für die die Politik selber verantwortlich ist, weil sie den Behörden den rechtlichen und tatsächlichen Rahmen vorgibt.

Unsere Bundeswehr darf nur unter ganz engen verfassungsrechtlichen Grenzen im Inland eingesetzt werden und zwar nur in den Fällen, in denen es unser Grundgesetz (GG) ausdrücklich zulässt, so die Formulierung im Artikel 87a Absatz 2 GG. In Betracht kommt einerseits die Katastrophenhilfe gemäß Artikel 35 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 GG und andererseits der innere Notstand gemäß Artikel 87a Absatz 4 GG. Die Polizei könnte die Bundeswehr zwar um Amtshilfe ersuchen, diese wäre aber auf technische Unterstützung wie Unterbringung, Versorgung oder Transport beschränkt und umfasst keine hoheitlichen Tätigkeiten. Die Verteidigung der inneren Sicherheit durch die Einsatzmittel der Bundeswehr ist also momentan von unserer Verfassung weder vorgesehen noch zugelassen. Hintergrund dieser verfassungsrechtlichen Grenzen sind die Erfahrungen unserer Vergangenheit. Die Zeiten haben sich seitdem jedoch nachhaltig geändert, nicht

nur in Deutschland, sondern in der gesamten Welt. Deshalb besteht Handlungsbedarf. Es muss entweder die Verfassung geändert werden, um einen Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigung der inneren Sicherheit zu ermöglichen oder aber die Polizeien müssen komplett neu aufgestellt werden. Aber unsere Polizistinnen und Polizisten dürfen nicht weiterhin so alleine gelassen werden, wie es momentan der Fall ist. Das gilt auch für unsere Soldaten. Wir werden auch in der Zukunft vermehrt damit rechnen müssen, dass die Terroristen die Welt und insbesondere Deutschland in Angst und Schrecken versetzen werden, um sie so zu erschüttern.

Es war ganz sicherlich nicht zufällig ein Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt kurz vor Weihnachten, einem der drei wichtigsten Feste der christlichen Glaubensgemeinschaft. Terroristen wollen die Menschen unterdrücken, genau wie Diktatoren. Sie wollen den Menschen ihren Glauben und Ihren Willen aufzwingen. Terroristen und Diktatoren wollen mit Angst und Schrecken führen. Sie wollen den Menschen ihr höchstes Gut nehmen, ihre Freiheit. Und sie behandeln Menschen wie Marionetten, die nach ihrer Pfeife zu tanzen haben und willenlos ihre Aufträge auszuführen haben. Wenn Sie nicht mehr gebraucht werden, werden sie entsorgt. Wer glaubt, in einer Terrororganisation das zu finden, wonach er strebt, der ist einem großen Irrtum verfallen. Er ist ein Werkzeug, das nach Belieben benutzt und in die Ecke gelegt wird. Er ist ein Werkzeug, das nach Bedarf genommen und fallengelassen wird. Und er ist ein Werkzeug, das nach Abnutzung entsorgt wird.

Kann man Terrorismus verhindern, was sind unsere Werte und was haben sie für einen Stellenwert?

Kann man es verhindern, dass Menschen dem Terrorismus verfallen? Nein, definitiv nicht. Kann man den Terrorismus verhindern. Nein, auch definitiv nicht. Es hat schon immer Diktatoren, Kriminalität, Gewalt, Angst und Schrecken gegeben. Und das wird auch zukünftig immer der Fall sein. Es hat schon immer Menschen gegeben, die ihr ganzes Handeln darauf ausrichten, andere Menschen zu unterdrücken und zu beherrschen. Und diese Menschen wird es auch in der Zukunft geben. Diese Tyrannen wollen nur Menschen um sich herum haben, die nach ihren Vorstellungen funktionieren. Terroristen kämpfen nicht für einen Glauben, auch wenn sie es immer behaupten. Sie wollen Macht und Einfluss. Sie wollen unterdrücken und töten. Und weder Deutschland, noch Europa und die Welt können alles verhindern. Und sie können es erst recht nicht verhindern, wenn sie nicht an einem Strang ziehen, so wie es momentan der Fall ist. Deutschland wird den Wohlstand nicht alleine erhalten können. Wir brauchen die EU, aber nicht in der jetzigen Form und genau da liegt eines der wesentlichen Probleme.

Diese Welt wird dominiert von wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen und nicht primär von Werten geleitet! Die Kluft zwischen arm und reich nimmt kontinuierlich zu. Die EU ist eine Wirtschafts- und keine Wertegemeinschaft. Das muss sich ändern, will man den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht werden. Die Nationalinteressen in der EU stehen im Vordergrund, nicht die Gemeinschaft. Auch das muss sich ändern. Wir brauchen keine einheitlichen Bananen und Glühbirnen, um den europäischen Wirtschaftsmarkt zu stärken, sondern ein einheitliches Werteverständnis, für das wir auch gemeinsam kämpfen. Wir brauchen die EU, aber nur mit den Ländern, die die gleichen Werte vertreten und diese auch tatsächlich leben. Und wir brauchen vor allem eine STARKE Werte-Phalanx, die jegliches Handeln auch an diesen Werten orientiert. Und diese Werte-Phalanx sollte sich in einem europäischen Bundesstaat manifestieren. Aber was genau sind unsere Werte? An erster Stelle die christlichen Tugenden: (Nächsten)Liebe, Glaube und Hoffnung. An zweiter Stelle Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Solidarität. Und an dritter Stelle die sog. Preußischen Tugenden (Pünktlichkeit, Ordnung und Fleiß). Das sind die Prämissen nach denen wir alle leben und

streben sollten. Und das sollten auch die Maßgaben der EU sein und nicht an erster Stelle wirtschaftliche Interessen und das Streben nach Wohlstand! Und diese Werte sollten auch absolute Priorität genießen. Jegliche Handlungen sollten sich an diesen Maßstäben orientieren.

Freiheit versus Sicherheit

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz) und die Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz) sind neben anderen Werten die zwei elementaren Werte einer freiheitlichen Demokratie. Ein weitgehend unbeschwertes Leben in Freiheit bedeutet Lebensqualität. Ein Leben in Angst und Schrecken bedeutet Beklemmung. In diesen unruhigen und unsicheren Zeiten, die geprägt sind von einer zunehmenden terroristischen Bedrohung und dem Machtstreben von Diktatoren, ist eines wichtiger denn je. Wir brauchen einen starken Staat, der sich bei der Aufgabenbewältigung auf den Kernbereich der staatlichen Aufgaben konzentrieren und damit auch die richtigen Schwerpunkte setzen muss. Das ist an erster Stelle die Innere Sicherheit! Davon sind wir jedoch weit entfernt! Und auch die EU ist weit davon entfernt eine starke Gemeinschaft zu sein. Sicherheit wird weder in der EU noch in Deutschland wirklich groß geschrieben. Und das mache ich sehr gerne an konkreten Punkten fest, warum es so ist: Die europäische Sicherheitsarchitektur ist mittelalterlich und deshalb besteht dringender Handlungsbedarf, sowohl bei Polizei als auch Militär. Wir brauchen KEINE permanenten Zusammenarbeitsvereinbarungen, sondern EIN europäisches Polizeiamt mit operativen Befugnissen, mit einem einheitlichen Leitbild und einem gemeinsamen Werteverständnis. Wir brauchen EINE europäische Armee, die für unsere gemeinsame Wertegemeinschaft kämpft! Wir brauchen eine internationale Anti-Terror-Force mit operativen Befugnissen. Es ist richtig und wichtig, dass die EU-Außengrenzen gesichert werden. Es ist falsch, jeden rein zu lassen. Das zeigt die Erfahrung der letzten Jahre. Und es ist erst recht falsch, jeden rein zu lassen, der noch nicht einmal über einen gültigen und echten Pass verfügt.

Wolfgang Bosbach hat Recht, wenn er sagt, dass es nicht nachvollziehbar sei, wenn Menschen hier herkommen und komischerweise ihren Pass verloren haben, während sie aber Handys besitzen, die sie nicht verlieren. Eine Einreise in den Bereich der EU sollte deshalb ausnahmslos nur dann zugelassen werden, wenn der Einreisende einen gültigen und echten Pass vorweisen kann, wenn er bereit ist Lichtbilder von sich machen und biometrische Daten (Fingerabdrücke) von sich erheben zu lassen und diese Daten auch wirklich unmittelbar bei Einreise in einer gemeinsamen europäischen Datenbank gespeichert werden. Und wer in der EU Gelder und Subventionen erhält, der muss sich auch bei der Bewältigung von Krisen beteiligen und darf sich nicht rausziehen. Wir brauchen auch innerhalb der EU einen „Königssteiner Schlüssel“ nach dem Flüchtlinge verbindlich auf die gesamte EU verteilt werden.

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, hat Recht, sich im Namen der Kommunen für mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum auszusprechen und zu fordern, dass der Datenschutz kein Täterschutz sein darf und überarbeitet werden muss. Im Internet werden das Verhalten und die personenbezogenen Daten von jedem User systematisch von den großen Konzernen gespeichert, analysiert und für die Firmenzwecke ausgewertet und genutzt. Und dem Staat, der in engen gesetzlichen Grenzen handelt, wird nur Misstrauen entgegengebracht. Und selbst nach so einem schlimmen Ereignis wie der Terroranschlag von Berlin will die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung keine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Und das obwohl kurz vorher beispielsweise der U-Bahn-Schläger und die Flüchtlinge, die einen Obdachlosen anzünden wollten, in Berlin nur durch die Videoüberwachung überführt werden konnten. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer und Angehörigen.

Die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, die Frage der Sozialleistungen und Integration

Es war richtig, Menschen in Not uneingeschränkt zu helfen. Es war aber falsch alle nach Deutschland zu lassen. Die Flüchtlingsströme des Jahres 2015, die sich im Übrigen in diesem Jahr nicht mehr wiederholt haben, hätten auf die gesamte EU verteilt werden müssen. Leider hat sich in dem Jahr sehr deutlich gezeigt, dass die EU keine Wertegemeinschaft ist, aber dazu habe ich ja schon weiter oben etwas geschrieben.

Eine Obergrenze für Flüchtlinge, so wie von der CSU gefordert, halte ich für unvereinbar mit Art. 16a Grundgesetz. Ich persönlich halte sie auch nicht für zielführend. Man sollte sich vielmehr die Frage stellen, warum so viele Menschen nach Deutschland streben. Und das hat einen ganz einfachen Grund. Deutschland ist das Land, das mit Abstand die besten Sozialleistungen bietet. Und das nicht nur für die Berufstätigen, sondern in besonderem Maße auch für die Erwerbslosen und Asylanten. Und das müssen wir anpassen. Ich halte es für falsch, dass Menschen, die den Schutz der Bundesrepublik beanspruchen, so viele Leistungen bekommen, ohne etwas dafür zu tun. Wir brauchen eine Absenkung der bedarfsorientierten Mindestsicherung für Neuankömmlinge und ein voller Bezug sollte frühestens nach 5 Jahren gewährt werden, wenn sie sich entsprechend der nachfolgenden Ausführungen bei uns in der Gesellschaft nachweislich eingebracht haben.

Wer hier in Deutschland Schutz begehrt, sollte zur Arbeit verpflichtet werden. Wer hier in Deutschland Schutz begehrt, sollte auch dazu verpflichtet werden, sich ehrenamtlich in einem Verein zu engagieren. Das Ehrenamt ist das Fundament unserer christlich geprägten Gesellschaft und das müssen wir stärken. Wer nach Deutschland kommt, kann ganz zweifelsfrei seinem eigenem Glauben nachgehen. Er hat sich hier aber unserer Kultur anzupassen und einen Teil zum (Fort)Bestehen unserer Gesellschaft beizutragen, vor allem wenn er Leistungen des Staates in Anspruch nehmen will. Ich halte es für falsch, dass Flüchtlinge und Asylanten teilweise mehr Leistungen vom deutschen Staat bekommen als Menschen, die hier ihr Leben lang gearbeitet haben. Leistung muss sich endlich wieder lohnen und vor allem berücksichtigt werden. Und wer hier Schutz begehrt, kann ihn unter bestimmten Voraussetzungen bekommen, er muss aber etwas dafür tun. Das gilt im Übrigen auch uneingeschränkt für Deutsche, die Sozialleistungen unseres Staates in Anspruch nehmen.

Und wer nach Deutschland kommt, um sich hier Leistungen zu erschleichen, der ist ohne Wenn und Aber auszuweisen. Gleiches gilt für überführte Straftäter, wobei die Art und das Delikt der begangenen Straftat eine Rolle spielen sollte und vor allem für Menschen, die die Scharia über das Grundgesetz stellen.

Quo vadis Deutschland 2017

Wilder Aktionismus, so wie wir ihn schon immer nach gravierenden Ereignissen und Terroranschlägen erlebt haben, nützt niemanden. Ganz Deutschland diskutiert momentan fast ausschließlich über mehr Polizeipräsenz, mehr Videoüberwachung, schnellere Abschiebungen und härtere Strafen.

Wir stehen aber an einem Scheidepunkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Entscheidend wird es jetzt sein, ob die richtigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Ursachen für unsere Probleme zu bekämpfen, oder ob sich der übliche politische Aktionismus wieder einmal durchsetzt. Das wird die große Herausforderung für das Jahr 2017 sein. Es wird sich zeigen, ob die richtigen Diskussionen geführt und die richtigen Entscheidungen getroffen werden, insbesondere auf europäischer Ebene.

Ich wünsche allen Menschen einen guten Start ins Jahr 2017, ein friedvolles Jahr und vor allem Gesundheit!